

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drechslerdruck: Redaktion: Dresden
Bemühsamer-Sammelnummer: 25241
Aus für Nachdrucke: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsleiter:
Dresden - W. 1, Wallstraße 55/48

Bruttogröße bei Menge zweitausend Zeitungen normativ 2.40 Mf. (mindestens 20 Vlg. für
Kleinanzeigen), durch Auflösung 2.40 Mf. einheitlich 20 Vlg. Hochdruck (ohne Verpackungsabzug) bei
bei 1 Mal wöchentlichem Verkauf. Einzelnummer 10 Vlg., außerhalb Sachsen 15 Vlg. Einzel-
preise: Die einzelne 50 mm breite Seite 25 Vlg., für ausweite 40 Vlg. Sonderangebote und
Stellungspreise ohne Rücksicht 15 Vlg., außerhalb 20 Vlg., die 50 mm breite Seitenseite 200 Vlg.,
außerhalb 250 Vlg. Offiziergröße 20 Vlg. Ausländige Maßregeln gegen Verstaatlichung

Red. u. Verlag: Dieder & Weisheit,
Dresden, Postfach 810, 1048 Dresden
Rücksendung nur mit brief. Quellenangabe
(Dresden, Rade.) zulässig. Unterlassene
Schreibfehler werden nicht aufmerksam

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Englands wirtschaftspolitischer Weg

Aussprache zur Thronrede im Unterhaus

Dresden, 10. Nov. Die Aussprache über die Thronrede wurde im Unterhaus durch den Abgeordneten Gossman Blond eingeleitet, der sofort den Wunsch der englischen Industrie nach Schonungen zum Ausdruck brachte. Die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz des englischen Weltreiches, wie sie in der Thronrede angekündigt sei, müsse einen neuen Abschnitt in der Geschichte des Britischen Reiches einleiten. — Im Namen der Opposition vertrat Lansbury die lebhafte Forderung nach Beendigung des Krieges. Damals hätten die Regierenden Regierungsparteien die Forderung erhoben, den Kaiser zu hängen und aus Deutschland das Recht herauszupressen. Heute erneut England die Freiheit des damaligen Sieges der Parteien, die Lloyd George unterstützten, dessen Partei heute in alle Winde zerstoben sei.

Deberrmann wisse jetzt, daß das deutsche Volk nicht für den Krieg verantwortlich sei.

Das sei durch die Kostenerhöhungen der verschiedenen Staaten sowie durch die Aufzeichnungen der führenden Staatsmänner, die den Krieg und später den Frieden gemacht hätten, vollkommen erwiesen. Die englische Regierung müsse daher jetzt endlich Schritte ergreifen, um zu einer Lösung der Reparations- und Kriegsschuldenfrage zu gelangen.

Premierminister Macdonald

nahm hierauf das Wort und führte zunächst einen Nachweis über die Notwendigkeit der Wahlen. Die Bildung einer Nationalregierung sei wegen der Haltung der Arbeiterpartei notwendig gewesen. Wenn die Politik der Arbeiterpartei in den Jahren 1918 bis 1920 unterstellt worden wäre, wäre weder England noch die übrige Welt in die heutige Lage geraten. Macdonald bemerkte dann weiter, daß die industrielle Lage Anzeichen der Besserung gezeigt. Die Regierung halte an ihrem Wahlauftakt fest und werde einen Plan zur Verbesserung der Handelsbilanz aufstellen. Im Zusammenhang hiermit würde sie das Parlament um besondere Vollmachten eruchen. Einsichtlich des sogenannten Dumpings und anderer ähnlicher Erscheinungen werde die Regierung nicht blindlings zu Maßnahmen greifen, die angeblich ein notwendiges Heilmittel wären.

Nachdem Macdonald mitgeteilt hatte, daß das Unterhaus das Londoner Verkehrsgefege zu erledigen werde, ging er auf die internationale Lage ein. Die englische Regierung steht jetzt vor den großen Geldschwierigkeiten Europas. Sie wünsche eine Atempause, um sich der neuen Weltlage anpassen zu können.

So wahr ich hier stehe, sage ich, daß solange menschlicher Wille der Welt unnatürliche wirtschaftliche Bedingungen auferlegt, die Welt niemals Erfolg haben kann.

Es ist unmöglich, gleichzeitig hohe Goldtarife einzuführen und zu bestimmen, daß gewisse Mengen von Gold von einer Nation an die andere übergeschoben werden. Diese Art von Wirtschaft ist verrückt. Sie müßte notwendigerweise mit der Verarmung der Nation enden, die das Gold zu bezahlen hat, müßte aber keinen Endes auch die Nation treffen, die das Gold erhält.

Weiter lagte Macdonald, daß er auf allem festhalte, was er früher über die Reparationen und Kriegsschulden gesagt habe. Was geschehen sollte, müsse sofort geschehen. Man habe bereits Vorbereitungen getroffen, um zunächst mit den hauptsächlich beteiligten Nationen in Verbindung zu treten. Einmütige Abmachungen zur Verteilung von den gegenwärtigen falschen wirtschaftlichen Ansichten getroffen werden.

Bevor die Welt sich wirklich erholt hätte, müsse man die vollkommen verkehrt Wirtschaftspolitik, die seit dem Jahre 1918 verfolgt worden sei, gänzlich umstoßen.

Aus diesem Grunde müsse England an den notwendigen zwischenstaatlichen Verhandlungen teilnehmen. Er meinte, daß es Vavalas bei Hoover die allergrößte Bedeutung bei. Er hoffte, daß dieser Besuch in erster Linie zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, dann aber zu einer vollen und endgültigen Vereinbarung führen werde, an der auch die anderen beteiligten Nationen teilnehmen müssten. Macdonald sagte, daß die Sturmwellen der finanziellen Schwierigkeiten Europas sich augenblicklich auch England näherten und dadurch die Lage Englands schwieriger gestalten. Sie würden es für England unmöglich machen, gewisse Dinge zu vermeiden, die man sonst hätte ganz gut vermeiden können. Man könne die finanzielle und industrielle Lage Englands nicht behandeln, ohne gleichzeitig die geschwundene Lage anderer Länder zu berücksichtigen. Die Schwierigkeiten Englands vor zwei und drei Monaten seien nicht so sehr auf innere Verhältnisse, als auf den Einfluß von außen her und die fehlende Einstellung des Auslandes zurückzuführen. Diese Frage müsse sofort in Angriff genommen werden. Die nächste Zeit der Regierung müsse ihr gewidmet werden.

Die Aussprache im Oberhaus

Dresden, 10. Nov. Am Dienstagabend trat das Oberhaus zur Aussprache über die Thronrede zusammen. Der Earl of Radnor begrüßte den Prinzen in der Thronrede aus, daß die Regierung die anderen Länder überreden werde, in demselben Maße abzurufen, wie es England getan habe. Lord Heselhaw erklärte im Namen der Regierung, daß dies nicht abrufen werde, die Initiative zur Einberufung von internationalem Konferenzen zu ergreifen. Aber er hätte nicht die Absicht, sich selbst in den Borderterritorien zu schließen. Die Tatsache, daß die Regierung mit einer überwältigenden Mehrheit ins Parlament eingesetzt sei, werde das Ansehen Englands im Auslande und seinen Einfluß im Rufe der Völker wiederherstellen und vermehren. Zu dem angeblichen Dumping von ausländischen Waren könne er dem Oberhaus die Versicherung geben, daß die Regierung nicht abrufen werde, sich Wollmachten geben zu lassen, wenn sie dies nach rechtlicher Überzeugung für notwendig erachte. Lord Brentford brachte die Befürchtungen über die hohen Einfuhren von Luxuswaren zum Ausdruck und erinnerte die Regierung um Aufzage, falls notwendig, sobald wie möglich entsprechende Notverordnungen zu erlassen.

Zinssenkung?

Reichskabinett und Ausschüsse des Wirtschaftsbeirats beschäftigen sich gegenwärtig mit der Frage der Zinssenkung. Schon die Regierungserklärung vom 18. Oktober vor dem Reichstag hat zu dem Problem in nicht gerade sehr glücklicher Stillierung Stellung genommen. Sie sagt: „Landwirtschaftlicher Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinsen; ihre Senkung ist ein anderes unerlässliches Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten, wenn wir nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen.“ Der Gedanke ist nicht neu, denn mit ihm haben sich auch bereits die 17 Vorgänger Brünings im Reichskanzleramt herumgeschlagen, ohne allerdings damit fertig geworden zu sein. Auch die Regierungserklärung vermeldet sehr sorgfältig und mit Recht, auch nur Mittel und Wege anzudeuten, wie man zu dem erwünschten Ziele kommen kann. Offenbar hoffte man, daß im Wirtschaftsbeirat ein Weg gefunden werden könnte. Man weiß aber anderswo auch, daß gerade die maßgebenden Sachverständigen in den beteiligten Reichstagsabgeordneten den Zinssenkungsplänen recht skeptisch gegenüberstehen. Befürchtetlich soll der Wirtschaftsbeirat den Plan des Reichskanzlers zur praktischen Durchführung bringen, durch eine 20 prozentige Preis- und Lohnabbauplanung die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber den neuen Hollernauern des Auslandes und dem Salutumping Englands zu behaupten. Außerdem soll durch die Senkung des Preis- und Lohnniveaus eine Anpassung unseres Geldumlaufs an den zusammengehörigen Goldvorrat erreicht und so die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Goldwährung geschaffen werden.

Die Frage der amtlich beabsichtigten Preis- und Lohnsenkung setzt natürlich auch einen Abbau der Unkostenfaktoren voraus. Mit dem Lohnabbau allein läßt sich noch kein Preissabbau erreichen. Das hat man wohl mittlerweile einsehen gelernt. Es müssen auch andere Unkostenfaktoren gesenkt werden, wenn man das erwünschte Ziel erreichen will. Vor allem müßten nach Ansicht gewisser Kreise der Regierung und im Wirtschaftsbeirat die Zinsen gesenkt werden. Man sagt, daß bei der heutigen Höhe der Zinsen als Unkostenfaktor eine ganz erhebliche Rolle spielt. Nicht in die Rechnung auf Senkung der Gestaltungskosten sind allerdings von Seiten der Regierung andere wichtige Unkostenfaktoren genommen worden: Das sind die Steuern, die fast 50 Prozent des Bruttonettoeinkommens beschlagen. Und ohne deren Senkung weder eine wirkliche Verbesserung der Produktion noch eine Herabminderung der Preisspannen in die Wege geleitet werden kann, und die Tarife für Wasser, Elektrizität, Gas und Frachten. Solche Kosten werden als Unkostenfaktoren prozentual aber um so größer, je mehr die Warenpreise sinken und der Wertdurchschnitt steigt. Hier könnte ein entscheidender Schritt zur Belebung und Verbesserung der Produktion gelan werden. Und doch erklärt gerade hier die Regierung ihr Unverständnis, ja, sie findet nötigstens sogar für das kommende Steuerjahr neue Kosten und Opfer an. Daselbe gilt von den Tarifen der öffentlichen Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die infolge ihres Monopolcharakters einsichtig festgesetzt werden, zumal ihre Überhöhung vielfach zur Abdeckung kommunaler Defizite und Schulden dienen sollen.

Nachdem der Staat sein Unvermögen auf diesen Gebieten der Unkostenrechnung stillschweigend eingestanden hat, spielt er mit dem Gedanken, es auf dem Gebiete der Zinspolitik zu versuchen. Zum politischen Preis und zum politischen Lohn soll nun auch der politisch billige Zins treten. Man sagt ganz folgerichtig: Kann man den hochverschuldeten Landwirten, Industriellen und Handelsbettern eine Preis senkung um zwanzig Prozent zumuten, ohne ihnen gleichzeitig eine entsprechende Bindermäßigung zu gewähren? Und man sagt weiter, daß der Befürchtungen sehr ungünstiger Werte bei gleichbleibendem Bindeneinkommen bei einer Preissenkung von 20 Prozent eine Kaufkraftsteigerung seiner Bindelöse um ein volles Viertel des bishergen Standes, also um 25 Prozent, erzielt hat, daß er demnach auf Kosten derselben, die durch die Preissenkung einen prozentual bedeutsam größeren Teil ihres wirtschaftlichen Ertrages zur Bindungslösung aufwenden müssen, in ungerechtfertigter Weise Nutzen zieht. Also müßte auch der Bindemüller als Nutznießer der Preissenkung ein Opfer bringen, das für ihn gar nicht in der Praxis mit einer irgendwie schmerzlichen Einbuße verknüpft sein wird.

All das klingt recht einleuchtend, aber die Durchführung einer Zinssenkung ist, genau geschen, ein gefährliches und last und lösbares Experiment. Es würde auf Zwangskonversionierung des Anteiles- und Pfandbriefmarktes hinzufließen, das heißt auf eine Bindungswirtschaft, mit der wir ebenso schlechte Erfahrungen machen würden, wie mit der Preiszwangswirtschaft, die schon so oft Schlußbruch erlitten hat, daß weitere Expertise

Roter Bühlversuch in der Dresdner Reichswehr

Ein Fahnenjunker und drei Dresdner Kommunisten verhaftet

Dresden, 10. Nov. Die außerordentliche Regsamkeit der kommunistischen Verfehlungstätigkeit in der Reichswehr, auf die am Montag vom Reichswehrministerium anmerksam gemacht wurde, wird durch einen Fall in Dresden höchstwahrscheinlich beleuchtet. Ein Fahnenjunker der Infanterieschule, der den Verlust gemacht hat, innerhalb der Reichswehr kommunistische Verfehlungskarriere zu leisten, wurde verhaftet.

Einem Gefreiten der Garnison Dresden fiel das merkwürdige Verhalten des Fahnenjunkers Eberhardt von der Infanterieschule mehrfach auf. Aus gelegentlichen Kenntnissen und Beeinflussungsvorwürfen verstärkte sich in dem Gefreiten der dringende Verdacht, daß Eberhardt als Vertreter eines der kommunistischen Partei Verfehlungskarriere in der Reichswehr betrieben. Der Gefreite meldete seinem militärischen Vorgesetzten seine Beobachtungen. Die zuständigen Reichswehrstellen leiteten sich sofort mit der Kriminalpolizei in Verbindung, die den Fahnenjunker heimlich beobachtete und bald feststellte, daß dieser mit einem kommunistischen Ehepaar Kunath in der Vorstadt Plauen und noch einer dritten Person Beziehungen unterhielt.

Die Feststellung der Kriminalpolizei führte dazu, daß alle vier Personen eines Tages bei der Garnisonskirche überrascht und verhaftet werden konnten. Bei der Vernehmung brach Frau Kunath zusammen und legte ein Geständnis ab, woran er hervorholt, daß der Fahnenjunker Eberhardt tatsächlich als kommunistischer Vertretermann in der Dresdner Reichswehr tätig war, mit dem Anstreben, kommunistische Verfehlungskarriere zu betreiben. Alle vier Personen wurden festgestellt und die Aktion dem Oberrechtsanwalt übergeben, der gegen diese vier Personen die Anklage wegen Hochverrats erhoben hat. Die Untersuchung ist bereits abgeschlossen und die vier Personen harren der Urteilsfassung durch das Reichsgericht. Beim Reichswehrministerium nimmt man auf Grund einer stärkeren kommunistischen Verfehlungskarriere erlegen ist, sondern offenbar unter dem Eindruck des Übergangs des früheren Reichswehrleutnants Scheringer zu den Kommunisten gehandelt hat. Eberhardt hat sich ganz offenbar aus eigenem Antrieb bei den freilichen kommunistischen Parteistellen in Dresden gemeldet und sein Antrieben, die kommunistische Ideologie in der Reichswehr zu verbreiten, ist von diesen freilichen Stellen naturgemäß mit Vergnügen aufgenommen worden, und die Verbindung zwischen Eberhardt und der kommunistischen Partei stellen die zusammen mit Eberhardt bekanntgewordenen Personen her.

In Magdeburg ist ein kommunistischer Funktionär auf Anzeige eines Obergefreiten, den er für die RPD gewinnen wollte, festgenommen worden.